

schicks hervor. Die „Germania“ proklamiert am Tage nach dem Volkenscheid die Notwendigkeit des „Bürgerfriedens“, d. h. eines Friedens aller bürgerlichen Parteien einschließlich der Sozialdemokratischen Partei. Die Leute sollen den Kampf um die Justiztruppe untereinander einstellen. Der Reichsfinanzminister Dietrich hat in demselben Sinne in seiner Rede zur Verfallungsfestsetzung den tieferen Grund dargelegt, weshalb die bürgerlichen Parteien, ihr schicksallicher und sozialistischer Grundgedanke sich nicht länger streiten dürfen. Er sagte, daß zwei Systeme, der Kapitalismus und der Bolschewismus, miteinander um die Zukunft kämpfen. Es ist also die Furcht vor dem Bolschewismus, vor der Massenbewegung, die die Kommunistische Partei durch die Übernahmepolitik der Führung der Volksbewegung entfesselt hat, die die Zentrumsblätter zu ihrem Ruf nach dem „Bürgerfrieden“ treibt.

Die „Germania“ schreibt: „Häufere Parole ist nach dem Volkenscheid: Sammlung der politischen Kräfte, was immer sie heißen... Um diese Parole in die Tat umzusetzen, verlangen wir den Bürgerfrieden, einen Frieden der Parteien untereinander... Damit wir die schweren Wunden, die vor uns liegen, im erträglichen Zusammenwirken überwinden. Diese Arbeit muß aber anders orientiert sein, als es der Ruf der Versöhnlichen Staatsregierung zum Volkenscheid war.“

„Auch die geistige Einigung des Zentrums-Vorstandes verlief in der gleichen Richtung. In der offiziellen Mitteilung wird eine Welt — der Zentrumswahlbarkeit für das „Verbleiben vom Volkenscheid“ genannt, aber dann heißt es, daß „für eine wirksame Durchführung der äußerst schwierigen staatspolitischen Aufgaben im Reich und in Preußen die notwendige sachliche und methodische Handlungseinheit... in den beiden Kabinetten... gewährleistet sein muß.“

Das Verständlich überholt, äußert sich darin eine Kritik der preussischen Zentrumsmittler, deren Sinn ist, die hartere Fühlungnahme des Zentrums mit Eugenberg zu unterstützen. Die „Frankfurter Zeitung“ stellt ganz richtig fest:

„Die politische Zusammenfassungstendenz des Zentrums steht in einem offensichtlichen Gegensatz zu dem sozialdemokratischen Wunsch, der Kanzler müsse endgültig für rechts oder links optieren.“

Das ist eine klärende Überlegung für die Sozialdemokratie. Auch im deutschen „Dresdener Anzeiger“ wird in einem Leitartikel „Sammlung durch Brüning“ für die Heranziehung der Eugenbergs, Hilfer, Selzer, für die Bürgerfriebsfront einschließlich der SPD, Propaganda gemacht. Der „Anzeiger“ schreibt:

„Wenn wir nicht irren, hat noch vor einigen Tagen der Stahlhelmführer Selzer erklärt, der Stahlhelm werde einem, der aufbauen wolle, nicht im Wege stehen. Bezog sich dieses Wort auf Brüning? Brüning selber hat erst bei der Verfallungsfestsetzung wieder einen Hinweis auf die Bereitschaft gegeben, auch mit den politischen Kräften zusammenzuarbeiten, die bisher außerhalb der politischen Kreise der Regierung standen.“

„Mit Brüning an der Spitze einer erweiterten deutschen Reichsregierung hätte auch die sozialdemokratisch eingestellte deutsche Arbeiterklasse das Gefühl der Sicherheit, daß ihre sozialen Belange den menschengemäßen Beachtung finden.“

Die SPD wird selbstverständlich auch um den geringsten Preis bei voller Beibehaltung ihrer Politik der Isolation der Brüning-Regierung fortziehen. Sie ist mit diesem kapitalistischen System eng verbunden, und ihr Schicksal ist mit dem Schicksal des Kapitalismus so eng verbunden, daß weder die härtesten Überlegen noch Rücktritte, die sie von der Bourgeoisie hinnehmen muß, sie dazu bewegen kann, eine andere Haltung einzunehmen. Sie wird darum weiter tolerieren und die Sozialdemokraten und Sozialminister stellen, die zur Unterdrückung des arbeitenden Volkes notwendig sind. Diese Rolle wird sie um den Preis einziger gut bezahlter Pöbel für ihre Funktionäre mit voller Hingabe übernehmen. Sie stellt dabei nur eine Bedingung, das ist das Verbot der kommunistischen Partei und die „Machtübernahme“ ihrer Führer, so wie das jetzt tagtäglich in der SPD-Propaganda geschieht.

Sehr charakteristisch dafür sind die Reden Brüning und Bremer bei der Verfallungsfestsetzung am Deutschen Tag. Brüning sagte Brüning vor, die SPD zu verbieten und erklärte, er, Brüning, würde es tun, wenn er Reichsminister wäre. Und Bremer nannte den Stahlhelm einen „schlimmen Gegner“, dessen unterläubiger Wille anzuempfehlen sei.

Die sozialdemokratischen Führer hoffen, daß bei einer Unterdrückung der kommunistischen Partei und der revolutionären Massenorganisationen es ihnen leichter sein wird, die Befehle der Bourgeoisie durchzuführen, den Untergang des Kapitalismus und ihren eigenen aufzuhalten. Aber das ist eine trügerische Hoffnung. Die Sozialdemokratie wird ihrem verdienten Schicksal nicht entgehen. Der Prozeß der Zerstückelung und des Zerfalls der sozialdemokratischen Partei, der sich jetzt schon durch das Abwandern tausender sozialdemokratischer Arbeiter in die revolutionäre Front kundtut, wird dadurch nur noch beschleunigt werden. Die SPD hat nun ihr verlegenes Gesicht, daß die Kommunisten mit den Reichsständen ein Bündnis eingegangen seien, kaum einen sozialdemokratischen Arbeiter, der auf dem Wege zur revolutionären Front war, zurückhalten könnten. Jetzt, wo die Pläne des Bürgerfriedens konkrete Gestalt annehmen, wird dieser Prozeß in viel stärkerem Maße einziehen, dann werden auf der einen Seite die Arbeiter, die noch einmal auf den sozialdemokratischen Schwanzel berechneten, die Nichtkeit der kommunistischen Politik erkennen, und auf der anderen Seite werden alle Karrieremacher, alle Anwärter auf Plätze an der herrlichen Justiztruppe, diese Partei verlassen, um bei einer anderen Partei, wahrscheinlich bei den Deutschen Nationalen oder Nazis unterzukommen, wo die Chancen auf den Weg an der Justiztruppe dann größer sein werden. Die SPD wird sich allerdings bemühen, das Wohlwollen der Bourgeoisie durch ein besonderes Wohlverhalten von neuem zu verdienen, indem sie noch eifriger als bisher der Schrittmacher der schicksallichen Diktatur sein wird.

Das müssen die sozialdemokratischen Arbeiter, die eifrig den Kampf der Befreiung der Arbeiterklasse, den Kampf gegen die kapitalistische Katastrophe wagen, erkennen und sich einreihen in die rote Einheitsfront des Proletariats unter der Führung der kommunistischen Partei.

## Auf der Suche nach den Eisenbahn-Attentätern

Bei den Nachforschungen nach den Eisenbahn-Attentätern wurde festgestellt, daß der beim Attentat vermannte Drog und die Eisenbahnen in einem Berliner Geschäft gekauft wurden. In diesem Geschäft erfuhr man, daß der Käufer erklärt habe, er sei ehemaliger irischer Offizier und wohne in der Nähe von Potsdam. Tatsächlich wurde ein solcher Mann ausfindig gemacht, der mit seiner Frau in Kaputh bei Potsdam wohnte, mit niemandem verkehrte und vor einiger Zeit eine große Wohnung in Berlin bezog. Die Polizei will feststellen haben, daß dieser ehemalige irische Offizier, namens Carmel, als Täter nicht in Frage komme, glaubt aber, daß der Täter den ehemaligen irischen Offizier und seine Verhältnisse erkannt haben muß. Die reaktionäre Presse erhebt sich zu Schlingen, die da andeuten, daß „Kommunisten und Russen“ die Attentäter sein könnten. Wenn hinter dem Attentat politische Motive stehen, so müssen es solche sein, die am Abend des roten Volkenscheids auf dessen Störung hinauszielten. Interesse daran könnten also nur Faschisten oder Sozialfaschisten haben.

# Wedel lehnt Landtagseinberufung ab

## Die SPD deckt Abca-Subventionierung durch Steuergelder der Werktätigen

Dresden, den 13. August.

Die kommunistische Landtagsfraktion hatte in der letzten Sitzung des Verfassungsausschusses den Antrag auf Einberufung des Landtages gestellt und ein entsprechendes Schreiben an den sozialdemokratischen Landtagspräsidenten Wedel gerichtet. Dieser hat nunmehr die Ablehnung des Antrages mitgeteilt.

Die kommunistische Fraktion forderte die Einberufung des Landtages, weil die Schieds-Regierung durch eine Sitzungsaktion für die Abca dem Staat neue Belastungen auferlegt. Sicherheiten für das Privatkapital übernimmt und eine großzügige Subventionspolitik durchführt. Gleichzeitig hat die schieds-Regierung die Bestimmungen über die Durchführung der Notverordnungen ungeheuer verschärft und eine Verordnung über die Herabsetzung der Fürsorgeleistungen und deren zwingende Durchführung in den einzelnen Gemeinden erlassen. Die kommunistische Fraktion verlangte deshalb die Beratung von Anträgen gegen diese reaktionären Maßnahmen der Schieds-Regierung.

Die Ablehnung der Einberufung des Landtages durch den sozialdemokratischen Landtagspräsidenten zeigt die sozialdemokratischen Führer wieder als die besten Helfer der Bourgeoisie.

tur. Die Sozialdemokraten gaben sich mit dem Verstandeserzweigen, daß Schied den Professionsführern „Kündigung über den finanziellen Stand der Abca“ geben würde.

Als vor einiger Zeit die kommunistische Fraktion über die Einberufung des Landtages forderte, erklärte der sozialdemokratische Landtagspräsident, daß er den Landtag nicht einberufen könne, wenn der Vorstand anders beschließt, und im nächsten Vorstand hätten die Sozialdemokraten nicht das Wort. Eine solche Ausrede ist nicht kühnhaftig. Nach Artikel 4 der Verfassung haben der Präsident und das Gesamtmitgliedrecht das Recht, den Landtag einzuberufen, und weiter muß der Landtag einberufen werden, wenn ein Drittel der gewählten Abgeordneten es beantragt. Es liegt abseits in der Hand des Präsidenten oder der sozialdemokratischen Fraktion, die Einberufung des Landtages durchzuführen. Die Nichtdurchführung dieser Maßnahme zeigt auch die schieds-Regierung in ihrer reaktionären Front mit den Wedel und Heilmann bei der Verfallung des Finanzkapitals und der reaktionären Maßnahmen der schieds-Regierung, die die Regierung Schied.

# Edel zittert vor SPD-Arbeiteropposition

## Hegartitel der Volkszeitung gegen die „Sozialistische Tribüne“ / Erzwingenes Eingekändnis Der „linke“ Hellmuth Wagner ruft auf dem Bauche

Die Arbeiteropposition in der SPD in Sachsen hielt kürzlich eine Konferenz in Leipzig ab und beschloß ein Organ — die „Sozialistische Tribüne“ herauszugeben. Dieses Organ der oppositionellen sozialdemokratischen Arbeiter, das es mittelmäßig mit der Sache der Arbeiterklasse meint, hat großen Anklang in der SPD-Mitgliedschaft gefunden und soll dementsprechend der SPD-Mitgliedschaft schwer auf die Kerben. Das Dresdener SPD-Büro schreibt dann in seiner letzten Sonnabend-Kammer mitunter:

„Die „Sozialistische Tribüne“, die neueste Subskription (1) ist dieser Tage an sozialdemokratische Arbeiter in Dresden mit der Post zugehört worden. Die „Sozialistische Tribüne“ wird in Leipzig hergestellt und soll ein Diskussionsblatt der Arbeiteropposition in der SPD sein. In einem Leitartikel werden die Aufgaben dargestellt, die sich die Tribüne gestellt hat. Demagogie und Kollektheit werden als „Helfer der Partei“ bezeichnet und als „Helfer der Arbeiterklasse“ bezeichnet. Von Hellmuth Wagner und Dr. Robian behauptet diese „Sozialistische Tribüne“, sie spielen mit der Gründung einer neuen USPD. Die kommunistische Subskription (1) sieht ihre Aufgabe darin, den Angriff zu führen gegen den Parteivorstand der Sozialdemokratie, gegen die Arbeiteropposition um Demagogie und Kollektheit u. gegen die Tendenzen wie sie von der „roten Kämpfergruppe“ um Hellmuth Wagner vertreten werden. Nicht umsonst haben die Kommunisten in ihren Zeitungen zur Sammlung von Arbeitslosen sozialdemokratischer Arbeiter aufgefordert.“

Seitdem sind verschiedene Bemerkungen der Tribüne nicht völlig von der Hand zu weisen... Die Welt am Montag berichtet bereits am 1. August über das Entstehen einer neuen Arbeiterpartei. Ein diesbezüglicher Beschluß soll Ende Juli auf einer Tagung links gerichteter sozialdemokratischer Anhänger in Hagen gefaßt worden sein. Nach der Welt am Montag wurden also in gewissen sozialdemokratischen Kreisen Spaltungstendenzen verfochten.

Bemerkungen, wie sie in der „Sozialistischen Tribüne“ vertreten werden und wie sie von der Tribüne und von der Welt am Montag einigen Parteigenossen vorgelesen wurden, sind kollektoral. Jetzt stellen wir denn die Worte des Parteivorstandes: „Nicht mit der Eigenbrödel einzelner Gruppen...“

Die Konferenz in Hagen ist eine Tagung „linker“ SPD-Führer. Denn diese Leute eine neue USPD gründen wollen, so ist das einseitige ein Symptom für die wachsende Zerlegung in der SPD und die steigende Radikalisierung der sozialdemokratischen Führer.

lichen Mitglieder, die die „linken“ Führer wenigstens mit dem besten Mittel, einer neuen USPD-Gründung auszulassen und den Beitritt der SPD zu leiten versuchen. Denn eine neue USPD aber vergleichbar wäre doch nichts anderes als ein kleines Schein- und Schein-Gruppen, dessen Politik genau so konterrevolutionär und faschistischer als wäre wie die der SPD.

Entscheidend ist, daß die Volkszeitung ungelesen muß die verschiedenen Bemerkungen der Tribüne nicht von der Hand zu weisen sind.“

Wer klassenverrätend ist, die Volkstung und die rechten und „linken“ SPD-Führer, die Brüning und Schied unterstützen und den reaktionären Scoring-Kampfbroschüren oder die Sozialistische Tribüne, das Organ der SPD-Arbeiteropposition, das die sozialdemokratischen Arbeiter gegen Brüning-Schied-Scoring mobilisiert, ist wahrlich nicht zu erkennen.

Die sozialdemokratischen Arbeiter, die den Lohn- und Sozialabbau und die Segnungen des Brüning-Schied-Scoring-Kampfes am eigenen Leibe spüren, werden mit der Sozialistischen Tribüne den Weg zur einheitlichen roten Klassenfront geben.

In der gestrigen Nummer der Volkszeitung gibt der „linke“ Hellmuth Wagner eine Erklärung ab, wonach er nun der Führung einer „roten Kämpfergruppe“ um Hellmuth Wagner nicht mehr und die Sozialistische Tribüne beschimpft. Ein echter „linker“ Held. Demnach ist damit Wagner erneut seiner schicksalhaften Front als Mittel des Setzens der sozialdemokratischen Arbeiter entlarvt und jetzt sich wieder als Helfer der Kapitalisten und Co. vor denen er jetzt tagtäglich.

## 7 SPD-Arbeiter zur KPD

Aus Kiel wird uns gemeldet, daß am 9. August in den Fabrikgebäuden bereits 7 Reichsbanner- und SPD-Arbeiter, die sich am roten Volkenscheid beteiligt hatten, zur kommunistischen Partei übergetreten sind. Sie zerließen ihre Mitgliedsbücher und erklärten, als Klassenbewußte Arbeiter nicht länger in einer Partei bleiben zu können, die offen mit den Faschisten Maßnahmen zur Unterdrückung und Verleumdung des Proletariats durchführt.

# Wie dumm sie lügen, wie dreist sie heken!

## Saaldefloration als „Beweis für Hochverrat“ / Antwort des ZK der KPD zu den Vorgängen am Bülowplatz

In der heutigen Morgenpresse werden Nachrichten über Verhaftung kommunistischer Versammlungsteilnehmer verbreitet, die in ihrer Fäulnis die Wucht der Steigerung des Kollapsismus gegen die KPD deutlich erkennen lassen. Besorgnend ist, daß es sich hauptsächlich um Meldungen aus Preußen handelt. Für die Art dieser Meldungen ist die Mitteilung über die Aushebung einer kommunistischen Versammlung in Kollinghausen typisch. Dort wurde eine sehr gut besuchte KPD-Versammlung von der Polizei ausgehoben mit der Begründung, sie trage einen „hochverräterischen“ Charakter. Und der Beweis wurde in folgendem gegeben. Wörtlich heißt es darüber in der Pressemeldung:

„Schon die Defloration (1) des Saales, die aus zur Revolution aufrufenden Transparenten (1) bestand, ließ den illegalen Charakter der Versammlung erkennen.“

Die Arbeiterklasse hat bisher von der illegalen Arbeit andere Vorstellungen gehabt als die, daß man in einem Versammlungsraum Transparente mit revolutionären Besetzungen anbringt. Für die Bourgeoisie genügt das jedoch, um daraus „illegale Vorbereitungen“ zu konstruieren. Besorgnend ist weiterhin, daß selbst nach dem Verbot die Polizei sämtliche Teilnehmer wieder entlassen mußte. Aus dem Warm-Keller wird gemeldet, daß wegen örtlichen Ausblättern, wahrscheinlich Unvorsichtigkeiten, ein großer Schling der Polizei gegen kommunistische Funktionäre geführt wurde. Wörtlich heißt es darüber in dem Bericht:

„Eine ganze Reihe der beteiligten Personen wurde aus den Betten heraus verhaftet. Wie schon erwähnt, sind die Waffentunde bei der Kassa sehr beschränkt gewesen.“

Der Bericht halber berichtet man jedoch nicht, was überhaupt gefunden wurde, stellt jedoch die Behauptung auf, daß „man ermittelt, daß die Waffentunde irgendwo in höheren Verhöden untergebracht sind“. Wörtlich klingen die schließlichen Meldungen, deren Charakter ein aufmerksamer Beobachter jedoch un schwer erkennen kann. Nach wie vor bildet jedoch die Verletzung von Gewissensüber die Partyange am Bülowplatz in Berlin, die Schutzmaßnahme für die antikommunistische Presse.

„Berlin am Morgen“ veröffentlicht eine Erklärung des Zentralkomitees der KPD zu den Vorgängen am Bülowplatz. In der es heißt:

„Die Vorgänge in der Umgebung des Bülowplatzes am Abend des 9. August, wurden veranlaßt, durch das un-

gründete politische Verbot, den Wählern die Resultate der Volkenscheide wie in allen vorangegangenen Jahren auf dem Bülowplatz durch Lautsprecher und Lichtbild bekanntzumachen. Noch niemals haben sich bei diesem Anlaß irgendwelche Störungen ergeben.“

Das Kart-Liebkecht-Haus war in der Nacht von Sonntag, den 9. August zum Montag, den 10. August, durch den lang das Ziel politischer Feuerangriffe, die gegen die gefährlichen Feinde des Gebäudes gerichtet waren. Eine Reihe von Einschüssen die von politischen Parabelschüssen und Kart-Schüssen herrührten, wurde in Gegenwart von Beamten der Polizei festgestellt.

Die wiederholten Hausdurchsuchungen, die sowohl in der Nacht wie am Montagmorgen stattfanden, und sich auf jeden Raum vom Keller bis zum Boden erstreckten, blieben völlig ergebnislos.

Bei diesen Hausdurchsuchungen wurden weder irgendwelche Schriftstücke noch irgendwelche verbotene Person, geschweige denn eine einzige Waffe im Kart-Liebkecht-Haus gefunden.

Eine Hausdurchsuchung maktet seitens der politischen Polizei vollkommen resultatlos abgedreht werden. Die einzige Person, die bei der Hausdurchsuchung zur Vernehmung nach dem Polizeiprotokoll mitgenommen wurde, weil eine Schlüssel mit einer von der Polizei gefundenen Person zu bezeichnen ist, wurde von dem mittelmäßig darauf auf freien Fuß gesetzt, nachdem es ihm ausgesagt hat, daß die Annahme auf einem Irrtum beruhe. Es erweist sich damit eindeutig, daß das Gerücht, wonach an den Zusammenkünften beteiligte Personen in das Kart-Liebkecht-Haus geführt seien, auf reiner Erfindung beruhen.

Eine örtliche Polizeibehörde mag sich an, unter Ausnutzung ihrer Gewaltmittel die Bestimmungen der Verfassung und der bürgerlichen Gesetzbücher aufzuheben und den Eigentümer oder Inhabern eines Gebäudes jedes Betreten und jede Benutzung zu verhindern. Eine örtliche Polizeibehörde mag sich unter Beilegung der Verfassung und aller gesetzlichen Bestimmungen, an, die Verletzung einer der höchsten Gesetze an der Durchführung ihrer Tätigkeit zu verhindern.

Das Zentralkomitee der KPD hat alle Maßnahmen getroffen, um die Spaltung sozialdemokratischer Parteigruppen auf eine Störung oder Unterbrechung der Arbeit der kommunistischen Partei Deutschlands zurückzuführen zu können.

Unfer  
Die Spie  
Betrocht  
Der  
Wieder  
S  
A  
K  
S